

Zwischen historischer Aufarbeitung und politischer Verantwortung – Symposium zur Geschichte von Emschergenossenschaft und Lippeverband im Nationalsozialismus

Veranstalter: Eva Balz / Christopher Kirchner, Historisches Institut, Ruhr-Universität Bochum

Datum, Ort: 10.05.2019, Bochum

Bericht von: Nina Szidat, Historisches Institut, Universität Duisburg-Essen

Auch wenn einzelne Unternehmen bereits in den 1980er-Jahren begannen, ihre nationalsozialistische Vergangenheit aufarbeiten zu lassen, war es die 2005 in Auftrag gegebene Studie zur Geschichte des Auswärtigen Amtes sowie die im Anschluss an die Veröffentlichung der Ergebnisse 2010 aufgekommene öffentliche Debatte, die für einen förmlichen Boom der historischen Auftragsforschung sorgten. Mittlerweile liegt eine Vielzahl von Studien zur NS-Vergangenheit fast sämtlicher Bundesministerien und -behörden vor oder befindet sich in Arbeit.¹ Auch Institutionen unterhalb der Bundesebene werden zunehmend in den Blick genommen. Dass es mittlerweile für Organisationen jedweder Art fast zum guten Ton gehört, die belastete Vergangenheit aufarbeiten zu lassen, zeigte sich auch anhand des Symposiums zur Geschichte der Emschergenossenschaft und des Lippeverbandes (EGLV), das den Abschluss eines solchen, an die Abteilung für Zeitgeschichte der Ruhr-Universität Bochum ergangenen Forschungsauftrags bildete.

Gerade aufgrund des rasanten Anstiegs der historischen Auftragsforschung stellt sich jedoch die Frage nach der fachwissenschaftlichen Relevanz weiterer derartiger Forschungsprojekte. Das Verhältnis von Historiker/innen- und Auftraggeber/inneninteressen bildete daher, neben der Präsentation der Forschungsergebnisse, einen zentralen Themenkomplex der Veranstaltung.

Die unterschiedlichen Perspektiven wurden bereits in den Grußworten offen angesprochen: Der Vorstandsvorsitzende der EGLV, ULI PAETZEL (Essen), erläuterte das Zustandekommen des Aufarbeitungsprojekts anlässlich der Jubiläen beider, mittlerwei-

le fusionierter, Organisationen. Neben der historischen Perspektive betonte er dabei auch die derzeitige gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen, sich angesichts eines wahrgenommenen Rechtsrucks der Gesellschaft klar zu positionieren. SABINE VOSSKAMP (Essen), als Vertreterin des gastgebenden Kulturwissenschaftlichen Instituts, bekräftigte die Orts- und Zeitbezogenheit geisteswissenschaftlicher Forschung. Die Projektbearbeiter/innen CHRISTOPHER KIRCHBERG und EVA BALZ (beide Bochum) verbanden die verschiedenen Perspektiven in ihrer Skizze des weiteren Tagungsverlaufs, der der Kontextualisierung der eigenen Ergebnisse einerseits innerhalb der Infrastrukturgeschichte, andererseits aber auch innerhalb der Aufarbeitungsforschung diene.

CONSTANTIN GOSCHLER (Bochum) ging in seinen einführenden Bemerkungen genauer auf die unterschiedlichen Interessenslagen innerhalb der historischen Auftragsforschung ein und erläuterte anhand dreier Aspekte das fachwissenschaftliche Erkenntnispotenzial der Geschichte der EGLV zwischen 1933 und 1945. Erstens gerieten nun mit Körperschaften des öffentlichen Rechts Organisationen in den Blick, die zwischen Verwaltung und Gesellschaft angesiedelt seien und deren Entwicklung in einer Diktatur aufgrund des Selbstverwaltungsanspruchs aufschlussreiche Erkenntnisse verspräche. Zweitens könne auf dem Gebiet der Infrastrukturgeschichte das Zusammentreffen von „Geschichten langer Dauer“ und historischen Großereignissen, also „Geschichten kurzer Dauer“, untersucht werden. Drittens ergänze die Geschichte der scheinbar regimefernen und unpolitischen EGLV die Alltagsgeschichte des NS-Regimes und der Täterforschung.

Diese Überlegungen wurden im ersten Panel vielfach aufgegriffen, das sich anhand verschiedener Einzelfallstudien dem Agieren von Infrastrukturunternehmen im Nationalsozialismus widmete. Alle vier Referenten betonten dabei die herrschaftssichernde und

¹ Vgl. dazu die Bestandsaufnahme von Christian Mentel und Niels Weise: Christian Mentel / Niels Weise, Die zentralen deutschen Behörden und der Nationalsozialismus. Stand und Perspektiven der Forschung, hrsg. v. Frank Bösch / Martin Sabrow / Andreas Wirsching, München 2016.

-stabilisierende Funktion von Infrastruktur für das NS-Regime sowie die Zwangsarbeiter, die in jedem der Unternehmen eingesetzt worden waren.

Den Auftakt des Panels bildete der Vortrag von DAVID TEMPLIN (Hamburg) zu den Hamburger Wasserwerken, der ebenfalls auf eine Auftragsstudie zurückging. Templin erläuterte, wie das Unternehmen *Hamburg Wasser* während der Bombenangriffe auf Hamburg durch den Einsatz von Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen Schäden der Wasserversorgungsnetze und -anlagen relativ schnell beheben konnte, und ging dann auf die Durchdringung des Unternehmens mit Elementen nationalsozialistischer Herrschaft ein. Anhand der Betriebsdirektoren Max Stavenhagen und Max Lahts illustrierte Templin, wie systemkonforme Akteure ihre Rolle an der Spitze des Unternehmens dennoch sehr unterschiedlich ausfüllen konnten. Besonders Lahts' Amtszeit sei dabei von Widersprüchen gekennzeichnet gewesen, da sein Einsatz für seine „Rechte Hand“, den KPD-Anwalt Ernst Hegewisch, gleichzeitig zum Einsatz für KZ-inhaftierte Kommunisten geführt habe.

MATHIAS IRLINGER (München) legte im zweiten Vortrag den Fokus auf die Wechselwirkungen zwischen Infrastrukturen und Münchner Stadtgesellschaft und betonte die Agency der Konsument/innen. Diese habe sich insbesondere offenbart, wenn deren Kritik an der Infrastruktur die Bindekräfte zwischen NS-Regime und Bevölkerung zu schwächen drohte und u.a. dazu geführt, dass die Einstellung verschiedener Buslinien zurückgenommen wurde. In einem zweiten Schritt wandte sich Irlinger über die Frage, wer Konsument/in sein durfte, den Diskriminierungen im NS-System zu und illustrierte diesen Punkt anhand der Bäderverbote, die Jüdinnen und Juden den Zutritt zu städtischen Badeanstalten verwehrten. Auch hier haben sich jedoch wieder widerständige Tendenzen gezeigt, da die Mitarbeiter diese Direktiven teilweise befolgten, sich diesen jedoch auch widersetzten.

Im dritten Vortrag des Panels rückte DIETMAR BLEIDICK (Bochum) die Ruhrgas AG ins Zentrum, die aufgrund der für den Auf- und Ausbau ihres Leitungsnetzes notwendigen Genehmigungen und Enteignungen stets

auf politische Akzeptanz angewiesen war. Als rüstungswichtiges Unternehmen erfuhr die Ruhrgas AG dann während des Nationalsozialismus einen enormen Bedeutungszuwachs. Bleidick betonte die tiefe Verstrickung ins NS-System, die sich beispielsweise darin geäußert habe, dass Mitglieder der Führungsriege ebenfalls im Ruhrstab aktiv waren und somit zur NS-Funktionselementen gehörten. Darüber hinaus betonte er unter der Frage von „Zwang versus Autonomie“ auch das Moment der „freiwilligen Fügung“, um eine Politik im eigenen Sinne bestreiten zu können.

Als letzter Teilnehmer des Panels präsentierte CHRISTOPHER KIRCHBERG (Bochum) Ergebnisse aus dem Aufarbeitungsprojekt zur Geschichte von Emschergenossenschaft und Lippeverband. In einem ersten Schritt illustrierte er, wie sich das Unternehmen gegen staatliche Gleichschaltungs- und Zentralisierungsversuche zur Wehr setzte, etwa, als die Implementierung einer NS-Gesetzesinitiative für Wasser- und Bodenverbände in der EGLV verhindert werden konnte. Dass das Unternehmen dabei keinen „Hort des Widerstands“ bildete, zeigte Kirchberg anhand des Baudirektors Ramshorn, der Machtübernahmeversuche insbesondere aufgrund seiner Inszenierung als überzeugter Nationalsozialist habe abwenden können. Der zweite Teil des Vortrags fokussierte den Zwangsarbeitereinsatz, der besonders körperlich anstrengende Aushubarbeiten betraf. Die EGLV führte diese Arbeiten nicht selbst aus, sondern schrieb Aufträge an Baufirmen aus. Anhand der Auftragserteilung – die nur dann an Baufirmen mit Zwangsarbeitern erging, wenn diese tatsächlich verfügbar waren – offenbarten sich laut Kirchberg die Handlungsspielräume der EGLV im Besonderen.

Im Kommentar betonte MARCUS BÖICK (Bochum) die drei Zeitregime, die in allen Beiträgen erkennbar gewesen seien. Kurzfristig stand für die Unternehmen die Frage von Bedrohungen oder Möglichkeiten, die sich durch einen Regimewechsel ergeben, im Raum. Mittelfristig stelle sich die Frage nach Auswirkungen auf die Organisationskultur und den Aushandlungsprozessen zwischen Unternehmen und Umwelt sowie innerhalb des Unternehmens selbst. Langfristig ließe sich nach Einflüssen auf die Infrastrukturen

selbst fragen, wobei allerdings das Problem der Messbarkeit der Effekte zu bedenken sei.

Die anschließende Diskussion drehte sich zentral um das Bedürfnis des NS-Regimes, funktionsfähig zu wirken, und die Bedeutung, die Infrastrukturen als Bestandteil eines funktionierenden Alltags in diesem Kontext zukam. Weitere Fragen thematisierten das Kundenverhältnis, das je nach Unternehmen mittelbar oder unmittelbar sein konnte, und die Abhängigkeitsverhältnisse, die sich daraus ergeben konnten.

Im zweiten Panel der Tagung stand dann der Umgang mit der NS-Vergangenheit im Zentrum. Während zwei Referenten die längeren Entwicklungslinien der Aufarbeitungsforschung bzw. der Zwangsarbeiterentschädigung nachzeichneten, widmeten sich die anderen beiden Vorträge den Strategien konkreter Unternehmen.

SEBASTIAN BRÜNGER (Potsdam) bot im ersten Vortrag einen Überblick über Phasen der Aufarbeitungsforschung sowie das Verhältnis von historischer Forschung und Unternehmen. In der unmittelbaren Nachkriegszeit etablierten Unternehmen das Narrativ vom „unpolitischen Kaufmann“ bzw. „Forscher“ als Gegenposition zur Entnazifizierung. In den folgenden Jahrzehnten wurden erste Widersprüche laut, die jedoch erst in den 1980er-Jahren infolge der Jubiläumsfeierlichkeiten verschiedener Konzerne zu einzelnen Aufarbeitungsprojekten führten. 1989/90 stellte auch in der Aufarbeitungsforschung eine Zäsur da, da Zwangsarbeiter nicht länger ungehört hinter dem „Eisernen Vorhang“ verblieben. Neben symbolischen Entschädigungszahlungen etablierte sich die Auftragsforschung als unternehmerische Strategie des Umgangs mit den nun laut werdenden Vorwürfen. Brünger betonte das gewinnorientierte Agieren von Unternehmen und den positiven Imagefaktor, den Aufarbeitungsprojekte mittlerweile im Kontext der Öffentlichkeitsarbeit darstellten.

Dass einzelne Unternehmen mitunter eine sehr viel offensivere Geschichtspolitik betrieben, zeigte EVA-MARIA ROELEVINK (Mainz) anhand der Vergangenheitsbewältigung der Firma Krupp, die schon vor 1945 an der Darstellung der eigenen Geschichte gearbeitet habe. Die vorzeitige Haftentlassung Al-

fried Krupps und dessen Rückkehr ins Unternehmen führten ab den 1950er-Jahren zu einer Professionalisierung der Geschichtsbearbeitung und einer Aufwertung der damit betrauten Werbeabteilung. Diese Entwicklung manifestierte sich anhand der systematischen Implementierung neu formulierter Leitgedanken der Krupp PR sowie der Zusammenarbeit mit externen PR-Agenturen, die u.a. zu einer „Korrektur“ des Krupp-Bildes in deutschen Schulbüchern und Lexika führte. Die Leitgedanken zielten darauf ab, den Anteil der Rüstungsabteilung im Vergleich zum zivilen Sektor abzuwerten und so den Beitrag zum gesellschaftlichen Fortschritt zu betonen. Laut Roelevink bildete das neue Leitbild durch die historische Verortung der Firma einen Gegensatz zum mehrheitlichen Vorgehen anderer deutscher Unternehmen.

Im dritten Vortrag standen wiederum größere Entwicklungen im Zentrum, konkret der von den 1980er-Jahren bis Mitte der 2000er-Jahre geführte Streit um die Entschädigung der NS-Zwangsarbeit. HENNING BORGGRÄFE (Bad Arolsen) erläuterte, dass die Angst vor Stigmatisierungen aufgrund des Vorwurfs der „Arbeit für den Feind“ Entschädigungsforderungen bis in die 1970er-Jahre begrenzte, sodass diese überwiegend von jüdischen KZ-Häftlingen gestellt wurden. Ab 1979 wurde dieser Streit in einem breiteren politisch-gesellschaftlichen Kontext geführt, u.a. aufgrund der öffentlichen Repräsentation von NS-Verfolgten. In der Folge leisteten verschiedene Einzelunternehmen in den 1980er-Jahren Entschädigungszahlungen, wie Borggräfe betonte jedoch zumeist nicht in Eigeninitiative, sondern als Reaktion auf die Drohkulisse gerichtlicher Forderungen. Mit der Gründung der Stiftungsinitiative EVZ (Erinnerung, Verantwortung, Zukunft) in den 1990er-Jahren, unter deren Beitragszahlern auch kommunale Körperschaften waren, rückte das Thema der Vergesellschaftung von Schuld und Verantwortung in den Fokus gesellschaftlicher Debatten.

Den Abschluss des Panels bildete Eva Balz' Präsentation zur Vergangenheitsbewältigung bei Emschergenossenschaft und Lippeverband, deren Entwicklung nach 1945 bis in die 1960er-Jahre von personalen Kontinuitäten geprägt war. Wie im Nationalsozialis-

mus sah sich die EGLV auch in der unmittelbaren Nachkriegszeit dazu gezwungen, ihre „Unverzichtbarkeit“ angesichts der Verwaltungsstrukturreformen in der britischen Besatzungszone, allen voran der Gründung des neuen Landes Nordrhein-Westfalen, wiederholt zu beschwören. Da die britische Militärregierung diese Einschätzung teilte und Betriebsratsmitglieder aufgrund ihres Wissens um Netzwerke und Abläufe teilweise als unersetzlich einschätzte, blieb eine entschlossene Entnazifizierung des Unternehmens aus. Da Akteure wie der bis 1958 im Amt verbleibende Baudirektor Ramshorn zum Teil als Chronisten der EGLV tätig waren, hatten die personalen Kontinuitäten auch Einfluss auf das interne Geschichtsbild des Unternehmens, das sich an technischen Errungenschaften statt an politischen Umbrüchen orientierte.

MALTE THIESSEN (Münster) lenkte im anschließenden Kommentar den Fokus auf drei Aspekte: Erstens das Auseinanderdriften gesellschaftlicher Phasen der Aufarbeitung und der Vergangenheitsbewältigung einzelner Unternehmen, zweitens die spezielle Funktion von Erinnerungen in Unternehmen, die er unter dem Schlagwort des „Kommerziellen Gedächtnisses“ fasste, und drittens die mögliche Schnittstellenfunktion von Unternehmen zwischen kommunikativem und kollektivem Gedächtnis. Neben diesen Punkten drehte sich die Diskussion unter der Frage, welche Quellen für die historische Forschung zur Verfügung stehen, auch um das Thema Überlieferung.

Die Tagung schloss mit einer Podiumsdiskussion. Unter der Moderation von UTE SCHNEIDER (Duisburg-Essen) diskutierten neben Uli Paetzel und Constantin Goschler auch MANFRED GRIEGER (Göttingen), bis 2016 Leiter der historischen Kommunikationsabteilung der Volkswagen AG, sowie die freie Journalistin und Autorin RUTH KINET die Notwendigkeit von historischer Aufarbeitung angesichts der aktuellen gesellschaftspolitischen Lage.

Ein erster Diskussionsstrang betraf konkret das bei der Tagung im Zentrum stehende Projekt zur Geschichte der EGLV, insbesondere auch die Frage nach dem weiteren Umgang mit den Ergebnissen. Uli Paetzel beton-

te die Absicht, in angemessener Form an die Entwicklungen während des Nationalsozialismus zu gedenken. Darüber hinaus sehe er die Möglichkeit zur Implementierung der Ergebnisse in das Ausbildungsprogramm.

Zudem wurde die aktuelle Bereitschaft von Unternehmen, ihre Geschichte erforschen zu lassen, diskutiert. Manfred Grieger konstatierte, dass der Anteil von Beschränkungen beim Zugriff auf die Bestände der Unternehmensarchive wieder zunehme, und führte dies u.a. auf die Gewinnorientierung von Konzernen zurück. Diese interessierten sich nie per se für (die eigene) Geschichte, sondern nur funktionsorientiert.

Ruth Kinet führte eine weitere Perspektive auf Unternehmen ein: Mit Blick auf die breite Mitarbeiterschaft böten sie sich auch zur Sondierung von Biographien und Familien an. Über Interviews könne man nicht nur Familiennarrative erforschen, sondern auch die Überlieferung der Unternehmensarchive ergänzen. Die Diskutanten nahmen zudem Stellung zur aktuellen gesellschaftspolitischen Situation. Manfred Grieger bezeichnete Unternehmen als Spiegelbilder der Gesellschaft. Rechtes Denken existiere innerhalb der Gesellschaft und somit auch innerhalb der Unternehmen. Die Aufarbeitung der Unternehmensgeschichte stelle auch ein Signal dar, dass diesem Gedankengut entgegengearbeitet werde. Aus dem Plenum wurde zudem dafür plädiert, auch das gegenwärtige Handeln stärker zu reflektieren.

Insgesamt bot die Tagung einen erkenntnisreichen Einblick in das Agieren von (Infrastruktur-)Unternehmen während des Nationalsozialismus sowie die Auseinandersetzung damit nach 1945. Bezogen auf die EGLV wäre zu hoffen, dass die Sichtbarmachung der Ergebnisse im Unternehmen tatsächlich umgesetzt werden kann.

Konferenzübersicht:

Begrüßung

Uli Paetzel (Emschergenossenschaft & Lippeverband)

Sabine Vosskamp (Essen)

Eva Balz, Christopher Kirchberg (Bochum)

Constantin Goschler (Bochum): Einführung

I. Unpolitische Körperschaften?

(Infrastruktur-) Unternehmen im Nationalsozialismus

David Templin (Osnabrück): Hamburg Wasser

Mathias Irlinger (München): Infrastruktur und NS-Gesellschaft in München

Dietmar Bleidick (Bochum): Ruhrgas AG

Christopher Kirchberg (Bochum): Emschergenossenschaft/Lippeverband im Nationalsozialismus

Markus Böick (Bochum): Kommentar

II. Konjunkturen der Aufarbeitung

Sebastian Brünger (Potsdam / Halle an der Saale): Der Umgang von Unternehmen mit der NS-Vergangenheit

Eva-Maria Roelevink (Mainz): Professionalisierung in den 1950er Jahren: Carl Hundhausen, Krupp und die Geschichte

Henning Borggräfe (Bochum / Bad Arolsen): Zwangsarbeiterentschädigung

Eva Balz (Bochum): Vergangenheitsbewältigung bei Emschergenossenschaft/Lippeverband

Malte Thiessen (Münster): Kommentar

Podiumsdiskussion: Nachhaltig geklärt? Zur Notwendigkeit von Aufarbeitung und zum Umgang mit ihren Ergebnissen in Zeiten autoritärer Versuchung

Ute Schneider (Duisburg-Essen): Moderation
Diskutant/innen: Uli Paetzel (Essen) / Manfred Grieger (Göttingen) / Constantin Goschler (Bochum) / Ruth Kinet (Journalistin und Autorin)

Tagungsbericht *Zwischen historischer Aufarbeitung und politischer Verantwortung – Symposium zur Geschichte von Emschergenossenschaft und Lippeverband im Nationalsozialismus*. 10.05.2019, Bochum, in: H-Soz-Kult 13.09.2019.